Sitzungsvorlage Nr. A/2021/0057/3

Zuständig: Vorstandsbereich III
Verfasser: Leuker, Werner

Ahaus, 09.10.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration		**5**
	23.10.2023 TOP Ö	

Beratungsgegenstand

Schaffung der Stelle eines/r Integrationsbeauftragten sowie Ausarbeitung eines Intetgrationskonzeptes; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2021

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Ausarbeitung eines Integrationskonzeptes zur Kenntnis.

Sachdarstellung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte mit Schreiben vom 10.01.2021 beantragt, der Rat möge beschließen, eine/n Integrationsbeauftragte/n für die Stadt Ahaus einzustellen, die/der zunächst mit der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes beauftragt wird, das dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzuliegen ist. Soweit die/der Integrationsbeauftragte dies für sinnvoll erachtet, ist für die Erarbeitung des Integrationskonzeptes auch ein externes Planungs- und Beratungsbüro hinzuzuziehen. Nach Möglichkeit ist die Stelle so zu besetzen, dass eine „Umsetzung“ aus dem Stellenplan erfolgt.

Der Antrag wurde erstmalig im Finanzausschuss am 06.02.2021 beraten. Der Ausschuss hat die weitere Beratung in den zuständigen Fachausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration verwiesen.

Dieser hat sich in seiner Sitzung am 02.06.2021 zunächst einstimmig dafür ausgesprochen, vor einer endgültigen Beschlussfassung den Integrationsbeauftragten der Stadt Gronau zur nachfolgenden Sitzung einzuladen, um so von den Erfahrungen anderer Kommunen profitieren zu können.

Herr Sezer, Integrationsbeauftragter der Stadt Gronau, hat in der Sitzung des Fachausschusses am 26.10.2021 seinen Zuständigkeits- und Aufgabenbereich ausführlich vorgestellt und erläutert und in der anschließenden Beratung zahlreiche weitere Fragen aus dem Ausschuss beantwortet.

In der nachfolgenden Sitzung am 17.02.2022 hat der Ausschuss dann nach eingehender Beratung einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, zeitnah nach einem geeigneten Büro für die Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Ahaus zu suchen, dieses entsprechend zu beauftragen, und nach Möglichkeit dem Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration ein Konzept bis zur Sitzung im Oktober 2022 vorzulegen.

2. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, im Budget 05.01-Soziale Leistungen einen Betrag in Höhe von 20.000 EUR für die Erstellung des Integrationskonzeptes bereitzustellen.

1. Die Entscheidung über die Einrichtung einer Stelle im Stellenplan der Stadt Ahaus für eine/einen Integrationsbeauftragten wird im Rahmen der Beratung über das vorzulegende Konzept erfolgen, sofern hierfür ein entsprechender Bedarf gesehen wird.

Die Verwaltung hat das Büro IMAP GmbH, aus Düsseldorf mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Ahaus beauftragt. In mehreren Vorgesprächen haben das Büro und die Verwaltung die Konzeptthemenfelder und die Beteiligungsformate erörtert und gemeinsam festgelegt.

Die Bestandsdatenanalyse ist mittlerweile nach Auskunft des Fachbüros weitgehend ausgearbeitet und soll noch in diesem Monat gemeinsam final ausgewertet werden. Im Anschluss führt das Büro drei Experteninterviews mit wichtigen Experten/innen und Multiplikatoren/innen im Bereich der Integrationsarbeit durch, um so zusätzliche Informationen und Kenntnisse über den aktuellen Ist-Stand zu erhalten. Damit soll die Bestandsaufnahme weiter vervollständigt werden.

Ergänzend und abschließend folgen sechs weitere Fokusgruppeninterviews mit unterschiedlich Betroffenen. Danach soll die Bestandsanalyse abgeschlossen werden. Die Analyse wertet alle vorhandenen organisatorischen Strukturen, Abläufe und Verfahren aus und entwickelt daraus auch mögliche weitere Anforderungen und Veränderungen für die zukünftige Integrationsarbeit in der Stadt Ahaus.

Nach Auswertung aller Informationen sollen diese in einem gemeinsamen Auswertungsworkshop mit den beteiligten Einrichtungen/Personen vom Fachbüro IMAP vorgestellt und im Anschluss offen diskutiert werden. Danach wird der Bericht verschriftlicht und soll dann im Frühjahr 2024 im Rat präsentiert werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein
Dieser Sachstandsbericht selbst beinhaltet noch keine finanziellen Auswirkungen

Prüfung der Umwelt- und Klimarelevanz

☒ keine ☐ positiv ☐ teils/teils ☐ negativ

Anlagen

Anlage 01 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2021